

Erklärung

Krise bei Liberty Steel:

Sofortmaßnahmen erforderlich, um Europas strategische Stahlressourcen vor dem Zusammenbruch zu bewahren

Nach der schockierenden Nachricht vom Insolvenzverfahren der Liberty Steel-Werke in Ostrava (Tschechische Republik) und Częstochowa (Polen) haben die Gewerkschaften, die die über 18.000 Beschäftigten von GFG Alliance/Liberty Steel in Belgien, der Tschechischen Republik, Ungarn, Italien, Luxemburg, Polen, Rumänien und dem Vereinigten Königreich vertreten, am Freitag, 21. Juni eine Online-Krisensitzung unter der Schirmherrschaft von [industriAll Europe](#) und [IndustriALL Global Union](#) abgehalten. Sie rufen nun zu dringenden öffentlichen Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene auf, um den Zusammenbruch der strategischen Stahlanlagen in Europa zu verhindern und die Zehntausenden direkten und indirekten Arbeitsplätzen, die von der Krise bei Liberty Steel in Kontinentaleuropa betroffen sind, zu unterstützen.

Die Gewerkschaften schlagen seit Monaten Alarm wegen der irreversiblen Schäden, die das Missmanagement der GFG Alliance Group an den kontinentaleuropäischen Standorten von Liberty Steel anrichten könnte. An einigen Standorten steht die Produktion seit fast zwei Jahren still, und viele Hochöfen bleiben trotz der Ankündigung, dass dies nur vorübergehend der Fall sein würde, inaktiv. In Lüttich (Belgien), Dudelange (Luxemburg), Magona (Italien), Ostrava (Tschechien) und Częstochowa (Polen) wurden Tausende Beschäftigte nach Hause geschickt oder ohne greifbare Zukunftsperspektive im Ungewissen gelassen, die Beschwerden von Lieferanten über überfällige Zahlungen haben sich vervielfacht, und der Zustand der Anlagen beginnt sich zu verschlechtern, weil die grundlegende Instandhaltung aufgrund des Mangels an Betriebskapital ausgesetzt wurde.

Die Beschäftigten von Liberty Steel haben ihre Bedenken bei mehreren Gelegenheiten laut und deutlich zum Ausdruck gebracht. [Ende Februar fand in Ostrava eine große Protestaktion statt](#), an der tausende Stahlarbeiter und ihre Familien teilnahmen, und Ende März fand ein auf Ersuchen von industriAll Europe einberufenes [hochrangiges EU-Treffen](#) statt, bei dem EU-Politiker und führende Vertreter multinationaler Unternehmen die Herausforderungen für die Stahlindustrie im Allgemeinen und die Schwierigkeiten von Liberty Steel in Kontinentaleuropa im Besonderen ansprachen.

Dennoch hat sich die Krise von Liberty Steel in extremer Weise weiter verschärft.

Am 15. Mai gab die Gruppe bekannt, dass sie bereit ist, die Standorte Lüttich (BE), Dudelange (LU) und Magona (IT) zu verkaufen. Am 10. Juni kündigte die Gruppe die endgültige Schließung der beiden Koksöfen in Dunaújváros (HU) an, wovon 520 Beschäftigte betroffen sind, die umgeschult und auf neue Stellen versetzt werden sollen. Die Kombination aus ungünstigen Bedingungen auf dem Stahlmarkt und dem dramatischen Mangel an liquiden Mitteln der GFG Alliance-Gruppe hat zu einer für die Stahlindustrie, die

das Rückgrat der gesamten europäischen Wirtschaft darstellt, unvorstellbaren Entscheidung geführt: die Eröffnung der Insolvenzverfahren in Ostrava (CZ) und Częstochowa (PL)! In den letzten zwei Wochen erfuhren die über 5.000 Beschäftigten von Liberty Ostrava über Nacht, dass ihre Löhne nicht mehr gezahlt werden, während die über 1.000 Beschäftigten von Liberty Częstochowa erfuhren, dass ihr Werk vom örtlichen Wirtschaftsgericht unter Zwangsverwaltung gestellt worden war. Die Krise in den kontinentaleuropäischen Werken von Liberty Steel löst auch in allen anderen Werken weltweit massive Bedenken aus, die einen Schneeballeffekt befürchten.

Vor fünf Jahren waren die Standorte Ostrava, Lüttich, Dudelange und Magona in das Produktionssystem eines multinationalen Konzerns - ArcelorMittal - integriert, dessen interne Koordination ein gewisses Maß an Sicherheit bot. Als die EU-Wettbewerbsbehörden 2018 ankündigten, dass sie von ArcelorMittal verlangen würden, diese Standorte zu veräußern, um die Übernahme eines großen Werks in Italien abzuschließen, und den Kauf dieser Standorte durch Liberty Steel im Jahr 2019 genehmigten, warnten die Gewerkschaften insbesondere vor der zweifelhaften finanziellen Situation von Herrn Gupta, die ernste Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns aufkommen ließ, ein rentables Management der erworbenen Standorte zu gewährleisten. Fünf Jahre später gibt die beispiellose Krise, in der sich die kontinentaleuropäischen Standorte von Liberty Steel befinden, den Gewerkschaften bedauerlicherweise Recht.

IndustriAll Europe erinnert daran, dass Europa nicht in der Lage ist, sich in einer Zeit des massiven industriellen Wandels und der geopolitischen Instabilität vor seinen Toren von Vermögenswerten mit einem solchen strategischen Wert zu trennen. Das Insolvenzverfahren betrifft potenziell rentable Stahlproduktionsanlagen, die qualitativ hochwertige Stahlerzeugnisse liefern, die den Bedürfnissen der Kunden entsprechen, darunter Brammen und Bleche aus ‚grünem‘ Stahl im Werk Częstochowa. IndustriAll Europe und die bei Liberty Steel vertretenen Gewerkschaften werden nicht hinnehmen, dass Europa zu einem für den Sektor so kritischen Zeitpunkt seine Stahlproduktionskapazitäten verliert und dass die Beschäftigten die Hauptlast des Missmanagements tragen.

Mit einer Stimme fordern die Gewerkschaften die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, keine strategischen europäischen Industrieanlagen an Investoren zu verkaufen, die sich weigern, solide Garantien für die Aufrechterhaltung langfristiger Produktionstätigkeiten an europäischen Standorten und hochwertige Arbeitsplätze für die Beschäftigten zu geben. IndustriAll Europe drängt auf sofortiges Handeln, um eine industrielle Katastrophe zu vermeiden.

Die bei GFG Alliance/Liberty Steel vertretenen Gewerkschaften verlangen dringend:

1. **Öffentliche Soforthilfe für die 5.000 Beschäftigten in Ostrava**, deren Löhne in diesem Sommer nicht mehr gezahlt werden, unter Nutzung der verfügbaren EU-Mittel und Unterstützungsmechanismen.
2. **Öffentliche Taskforces zur Rettung der Standorte Ostrava und Częstochowa vor der Insolvenz**, basierend auf einer engen Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und den nationalen und europäischen Behörden.

- 3. Durchsetzung des Grundsatzes des „verantwortungsvollen Käufers“** für alle zur Veräußerung freigegebenen Standorte, der starke soziale, finanzielle und industrielle Garantien zur Sicherung der langfristigen Rentabilität der Standorte und der Zukunft der Arbeitsplätze beinhaltet. Unternehmen und Behörden, die am Veräußerungsprozess beteiligt sind, müssen die volle Einbeziehung aller betroffenen Gewerkschaften sicherstellen.
- 4. Vollständige Transparenz über die Zukunft der Standorte, die im Zuständigkeitsbereich von GFG Alliance verbleiben**, einschließlich Investitions- und Finanzplänen, Plänen zur Geschäftsentwicklung und dem Zeitplan für die Umsetzung. Es muss dringend Klarheit über den Zugang zu und die Verwendung von öffentlichen Mitteln (z.B. staatliche Darlehen, Kreditbürgschaften) geschaffen werden, die die GFG Alliance Gruppe zur Unterstützung ihrer europäischen Aktivitäten erhält.
- 5. Eine Überprüfung der EU-Wettbewerbsregeln** in Bezug auf die Bewertungsverfahren und die Verantwortlichkeit der Europäischen Kommission bei der Genehmigung eines „geeigneten Erwerbers“ im Falle von Abhilfemaßnahmen.

Die bei der GFG Alliance vertretenen Gewerkschaften setzen sich für eine zukunftsorientierte Stahlproduktion ein, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und einer auf Dekarbonisierung ausgerichteten industriellen Entwicklung führt. Sie werden ihre Koordinierung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene unter der Schirmherrschaft von industriAll Europe und ihrem globalen Verband IndustriALL Global Union fortsetzen, um die Zukunft von Arbeitsplätzen und Produktionskapazitäten im Stahlsektor weltweit zu sichern.